

SPD-Stadtratsfraktion: Haushaltsrede 2011

Haushaltsdebatte! Was war das früher schön: Tag der Abrechnung mit dem politischen Gegner in der Kommune, mit der Verwaltungsspitze und natürlich mit den bösen Buben, für uns in Berlin, für schwarz-gelb in Düsseldorf.

Jetzt gibt es nur noch einen Gegner: das NKF, das neue kommunale Finanzmanagement. Man hat uns ein Finanzkonzept übergestülpt, dem ein grundsätzlicher und grundlegender Fehler zugrunde liegt. Es fehlt an einer soliden Gemeindefinanzierung auf der Einnahmeseite. Die Kommunen verfügen über keine ausreichende Steuer, um die übertragenen Aufgaben ordentlich finanzieren zu können. Die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommensteuer sind dauernden Schwankungen unterworfen und damit kein solider vorher kalkulierbarer Einnahmeposten. Wir hängen am Tropf des Landes, genannt Schlüsselzuweisung. Und auch da weiß keiner, was das nächste Jahr bringt. Für Geilenkirchen bedeutet das in diesem Jahr einen Einnahmeausfall von 1,7 Mill €!

Bereits im letzten Jahr habe ich die weiterhin stark steigenden Kosten im Sozial- und Jugendbereich beklagt. „Sozialkosten knebeln die Städte immer mehr“, hat einmal die Städtetagspräsidentin Frau Roth, CDU, festgestellt. Diese Aussage gewinnt von Jahr zu Jahr größere, ja bedrohliche Ausmaße. Auch hier wieder auf Geilenkirchen übertragen: Mehrausgaben von 1,8 Mill €, die sich nicht vermeiden oder umsteuern lassen. Dabei müssen wir immer uns ins Gedächtnis zurückrufen: Sozialleistungen sind keine kommunale, sondern gesamtwirtschaftliche Ausgaben! Hier haben wir nun einen Silberstreifen am Horizont! In einer Sondersitzung des Landtages haben die Fraktionen der CDU, SPD und Grüne im Oktober letzten Jahres gemeinsam festgestellt:

- Die Kommunen in NRW benötigen bei den Sozialtransferzahlungen dringend Entlastung,
- die angestrebte Konsolidierung der Kommunalfinanzen gelingt nur, wenn die Beteiligung des Bundes, Hilfen des Landes, eigene Einsparungen der Kommunen und interkommunale Solidarität Hand in Hand gehen.

Um die Beteiligung des Bundes werden wir noch kämpfen müssen. Ein erster Schritt ist die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung. Hilfen des Landes haben uns erreicht. Bereits im letzten Jahr gab es den „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ mit einer Soforthilfe von 300 Mill €, ausgezahlt im Dezember. Nächster Baustein ist der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ mit einer jährlichen Hilfe von mindestens 350 Mill €. Die Konsolidierungsabgabe an das Land in Höhe von 166 Mill € ist mittlerweile entfallen. Für diese Hilfen sind wir Kommunen insgesamt sehr dankbar, sie reichen aber nicht aus, wenn wir ehrlich sind.

Was den Interkommunalen Finanzausgleich angeht, haben wir unsere Zweifel. Dieser Ausgleich ist ein wesentlicher Baustein im Handlungskonzept von Professor Junkernheinrich, das dieser für die Landesregierung erstellt hat. Schon bei der Präsentation dieses Gutachtens in der KSK Heinsberg im letzten Monat wurde von Bürgermeistern aus unserem Kreis Heinsberg Zweifel angemeldet, ob der Kommunalausgleich sinnvoll ist. Jeder sieht „ganz uneigennützig“ nur seinen Verantwortungsbereich.

So kommen wir aber nicht weiter. Es bleibt dabei: die Kommunen müssen im Bereich der sozialen Leistungen dauerhaft vom Bund entlastet werden.

Ein Wort zum Fonds Deutsche Einheit: wir müssen 21 Jahre nach der Wende immer noch Abgaben mit steigender Tendenz an den Fonds Deutsche Einheit entrichten (in diesem Jahr rd.778.000 €, in drei Jahren fast 1 Mill €!). Zu nachfolgender Meldung fällt mir dann nichts mehr ein:

Plus bei Kommunalfinanzen (Video-Text NDR, Tafel 136, vom 01.04.2011)

Städte, Gemeinden und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern haben 2010 im vierten Jahr infolge mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Angaben des statistischen Landesamtes von Freitag zufolge erreichten die Einnahmen erneut 3,9 Mrd € trotz rückläufiger Zuweisungen durch das Land. Eine Ursache seien die um 5,8% gestiegenen Steuereinnahmen der Kommunen. Das kräftigste Plus in der Kasse verzeichnete am Jahresende Rostock mit 19,6 Mill €.

Zurück zu den sozialen Lasten. Von einigen Seiten ist der Vorwurf gekommen: warum musste es eigentlich ein eigenes Jugendamt sein? Es bringt uns in diesem Jahr Mehrkosten von ca. 1 Mill € im Vergleich zum Verbleib beim Kreisjugendamt. Wir sollten diese Frage nicht außen vor lassen. Die Antwort ist aber einfach: das eigene Jugendamt war von einer breiten Mehrheit dieses Rates gewollt. Als wir uns für dieses Jugendamt entschieden

haben, war uns allen klar, dass es eventuell auch teurer werden könnte. Es ging aber nicht um das Geld. Wir wollten ein Jugendamt, das besser ist und nicht automatisch billiger. Das Ziel „besser“ haben wir dank der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiter erreicht.

Es wird jetzt wohl allen deutlich, warum wir unseren Haushalt nicht ausgleichen können. Wir müssen in die Allgemeine Rücklage, sprich: in unser Eigenkapital greifen. 8,7 Mill € in diesem Jahr. Auch in den nächsten 4 Jahren ist kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Die Konsequenz: der Haushalt ist nicht genehmigungsfähig und Geilenkirchen fällt in die Haushaltssicherung. Das sagt man so leicht hin, vergisst aber oft dabei, was das für Folgen hat. Die Stadt muss ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, mit dem sie glaubhaft macht, dass sie zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren will. Und das bedeutet: sparen, sparen, sparen.

Werfen wir unter diesem Aspekt einen Blick auf das vorliegende Haushaltssicherungskonzept.

An erster Stelle stehen die **Personalkosten**. Sie machen das größte Stück aus dem Kuchen der Ausgaben aus. Stelleneinsparungen und eine Beförderungssperre von 2 Jahren für unsere Beamten sind ein herber Einschnitt und wird den guten Leistungen unserer Verwaltung nicht gerecht. Und die Rufe nach Personaleinschnitten halten wir in dieser Situation für nicht angebracht. Prüfungen des Gemeindeprüfungsamtes haben immer wieder bestätigt, dass sich unser Personalansatz an der unteren Grenze bewegt.

Bei den **Freiwilligen Leistungen** geht der Bürgermeister mit gutem Beispiel voran:

- Der Haushaltsansatz „Repräsentation“ wird um ein Drittel gekürzt.

-Die Kürzungen im Kulturbereich gefallen uns gar nicht. Wir werden hier die Entwicklung sorgsam beobachten. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Studie der RWTH zur „Nachhaltigen Förderung der Lebensqualität in unserer Stadt“ verweisen. Dort heißt es unter „Schwächen der Stadt Geilenkirchen“:

=...den Freizeitwert der Stadt durch Kultur- und Freizeitangebote...erhöhen“

=Kultur- und Freizeitangebote für Jugendliche verbessern.

Hinweis: diese Studie ist das Ergebnis von 2000 Fragebögen, die an Bürger unserer Stadt versandt wurden.

-Es ist nicht ganz verständlich, dass verschiedene Zuschüsse/Zuwendungen ungekürzt bleiben, andere –wie die Barzuschüsse an Vereine- auf 0 € fallen. Hier wird sicher noch drüber zu reden sein, wie ich den vorliegenden Änderungsanträgen entnehmen kann.

Immer wieder in der Diskussion stehen die **Hebesätze der Realsteuern**. Wir haben den Gewerbetreibenden mit der deutlichen Erhöhung etwas zugemutet, dagegen ist die Erhöhung der Grundsteuer B um einen Prozentpunkt kaum zu erklären. Hier muss man allerdings darauf hinweisen, dass uns Hausbesitzern im nächsten Jahr Ungemach droht. Erhöhungen von fast 10% stehen im Raum.

Die Prioritätenliste für **Investitionen** ist für uns nachvollziehbar mit zwei Ausnahmen:

-Über Jahre wird die ungenügende Unterbringung der Löscheinheit Nirm beklagt. Hier muss eine Verbesserung der Verhältnisse nun wirklich angegangen werden. Um diese Notwendigkeit zu unterstreichen, beantragen wir, die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Nirm in der Prioritätenliste anzuheben unter die ersten 20 Positionen. Zu unserem ausführlichen Antrag werden wir im Anschluss an die Haushaltsreden noch kommen.

-Da die Haushaltsregeln in der Haushaltssicherung vorgeben, dass Investitionen gedeckelt werden, können wir nicht alle Vorhaben so umsetzen, wie wir es uns wünschen. So fällt die Änderung der Verkehrsverhältnisse am Bahnübergang Lindern aus der Prioritätenliste heraus. Eine Änderung ist aber notwendig. Die unverständliche Verkehrsführung führt täglich aufs Neue zu Kopfschütteln bei allen Verkehrsteilnehmern. Wir meinen, dass mit „Bordmitteln“ eine Verbesserung erreicht werden kann und haben einen entsprechenden Antrag vorgelegt.

Auch von anderen Fraktionen liegen zahlreiche Anträge vor. Das macht deutlich, dass wir alle bemüht sind, in dieser schwierigen Situation uns Gedanken machen und auch offen sind für neue Wege. Das gilt sicher ebenfalls für die Verbesserung unserer Einnahmemöglichkeiten. Auch da gibt es noch Möglichkeiten, wie wir noch hören werden.

Eins ist sicher: es kommen keine rosige Zeiten auf uns zu, aber wir geraten auch nicht, wie es Bürgermeister Fiedler bei der Einbringung des Haushalts deutlich und richtig herausgehoben hat, in den Würgegriff. Da wird uns auch unser Kämmerer, Herr Gemünd helfen, dem wir wieder eine ausgezeichnete Arbeit bestätigen können, für die wir danken.

Und bei aller Enttäuschung darüber, dass eigenes Handeln nur begrenzt noch möglich ist, sollten wir nicht vergessen, welche Veränderungen in den letzten anderthalb Jahren von Bürgermeister Fiedler und seinem Team eingeleitet und auch realisiert wurden. Ich behaupte einmal, dass wir unsere Stadt zum Jahresende im positiven Sinne nicht wieder erkennen werden. Ich denke dabei

- an den Baubeginn bei der Bürgerhalle Würm,
- ein Sportlerheim in Teveren,
- das Einkaufszentrum, auf das wir schon so lange gewartet haben,
- endlich ein Bürgerbüro
- an das Bahnhofsgebäude,
- an die Planungen für den III. Bauabschnitt,
- die ersten Überlegungen zur Bahnunterführung,
- die stark ansteigende Nachfrage nach Gewerbeflächen.

Und auch die privaten Investoren fühlen sich angesprochen:

- wir erleben die „Wiedererweckung“ der Stadthalle,
- den Umbau der alten „Vitrine“,
- auch beim ehemaligen Haus „Grafen“ wird sich wohl etwas tun.

Nicht herausheben möchte ich den II. Bauabschnitt, der uns überhaupt nicht gefällt. Da ist wenig von den überzeugenden Vorschlägen des Stadtplaners Professor Castro übrig geblieben. Wir müssen mit den Ideen von Hobby-Planern vorlieb nehmen, die das „Alte“ bewahren wollen und „Neues, Besseres“ ablehnen. Hier muss ich den Konservativen zurufen: „Jeder Stillstand ist Rückschritt!“

Sicherlich ist nicht alles so neu, dass die neue Verwaltungsspitze alles für sich beanspruchen kann. Und das führt mich zu einigen Gedanken zur Arbeit in unserem Rat. Ich verstehe, dass die Verwaltung mit uns so ihre Probleme hat. Wo sind die Mehrheiten, wo ist Verlässlichkeit und Berechenbarkeit? Die Verwaltung kann sich fast nur in einem Punkt sicher sein: hier geht aus dem Ratssaal fast nichts so 'raus, wie es die Verwaltung eingespielt hat. Dabei, und das heben wir doch immer wieder so toll heraus, sind wir uns alle einig und fast 80% der Beschlüsse sind einstimmig. Sind wir uns aber wirklich so einig? Mit Sicherheit nicht, wie es manchmal auch am Umgang miteinander zu erkennen ist. Wir Sozialdemokraten haben immer wieder herausgehoben, dass es in der Kommunalpolitik keine Parteiideologie geben kann und darf. Wir haben immer ein offenes Ohr für Gespräche miteinander. Vielleicht sollten wir alle doch einmal darüber nachdenken, ob man nicht doch näher aneinander rücken könnte.

Zum Schluss: wir stimmen dem Entwurf der Haushaltssatzung wie auch dem Haushaltssicherungskonzept, erstellt in enger Abstimmung mit der Kommunalaufsicht, zu, auch wenn wir nicht in allen Punkten glücklich sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.